

**40-Stunden-Woche für Horesca**

Die 40-Stunden-Woche ist nun endlich auch im Hotel- und Gaststättengewerbe in greifbare Nähe gerückt. Am Donnerstag legte Arbeits- und Beschäftigungsminister François Biltgen sein Gesetzprojekt dem Ministerrat vor. Damit ist das Gesetz zur Arbeitszeitverkürzung definitiv auf den Instanzenweg gebracht. Der Entwurf sieht für den gesamten Horescasektor die 40-Stunden-Woche vor. Allerdings mit Einschränkungen: Für kleinere Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl unter 50 Personen wird die Regelung vertraglich flexibel zu gestalten sein. Das heißt, die hier Beschäftigten werden im Bedarfsfall - bestimmt durch den Arbeitgeber - nach wie vor mehr als 40-Stunden arbeiten müssen. Die geplante Flexibilisierungsklausel begründete Minister Biltgen im Anschluss an die Sitzung des Ministerrats gegenüber der WOXX: "In einem kleinen Familienbetrieb sind Acht-Stunden-Tage einfach undenkbar. Da kommt die Arbeit stoßweise." Durch eine flexible Handhabung der Stundenregelung wolle man diesen Betrieben mehr Handlungsspielraum lassen. Das Mehr an Arbeitszeit sollen Betroffene durch Urlaub ausgleichen können - wohl erst sobald es der betriebliche Ablauf gestattet. Nach welchen Kriterien genau die geplante Arbeitszeit-Flexibilisierung verlaufen soll, werden nun unter anderem Berufskammern und Horesca-Vereinigung diskutieren.

**Wie gut brennt eine Tomate?**

Einen Anteil von zehn Prozent hatte Charel Goerens versprochen, als er die Luxemburger Ziele in Sachen erneuerbare Energien in der Stromproduktion hierzulande vorstellte. Auf EU-Ebene wollten sich die Regierungsvertreter jedoch offensichtlich nicht so weit aus dem Fenster lehnen. Der Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien in der EU, die diese Woche im Europaparlament diskutiert wurde, ist eine Tabelle mit den konkreten Zielen der Mitgliedsstaaten beigeheftet. Luxemburg hat sich hier lediglich zu 5,7 Prozent verpflichtet - und bildet damit das Schlusslicht der 15 EU-Staaten. Der Grund für diese unterschiedlichen Prognosen könnte darin liegen, dass nicht Umweltminister Charel Goerens sondern Energieminister Henri Grethen die Verhandlungen im Rat führte.

Zu den 5,7 Prozent wird im Übrigen eine etwas zweifelhafte Art von erneuerbarer Energie gerechnet: Neben Luxemburg hatten sich vor allem Frankreich und Italien dafür eingesetzt, dass die Verbrennung von gemischten Abfällen zur Kategorie der erneuerbaren Energiequellen gezählt wird. Wieviel Kilowatt Strom eine Tonne verbrannte Tomaten theoretisch bringen kann, wird in der Richtlinie nicht vorgerechnet.

**Keine Direktive zu OPA**

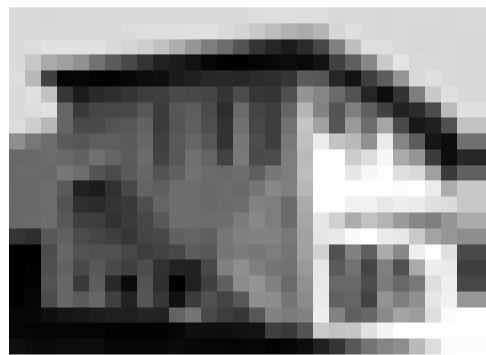
273 Stimmen dafür, 273 Stimmen dagegen. Dieses Resultat einer Abstimmung brachte am Mittwoch in Straßburg nicht nur die Präsidentin des Europaparlaments durcheinander. Nicole Fontaine konsultierte kurz das Reglement und verkündete: Die Richtlinie zum Gesellschaftsrecht über Übernahmeangebote ist abgelehnt. Als "tragisch" bezeichnete EU-Kommissar Frits Bolkestein das Ergebnis. Nun seien 12 Jahre harte Arbeit umsonst gewesen, so Bolkestein. So lange hatte es gedauert, bis sich Parlament und Rat in der Diskussion um die "Opération Publique d'Achat" (OPA) geeinigt hatten. Ganz zum Schluss wollte Deutschland nicht mehr mitmachen: Das neue EU-Recht biete der Leitung eines Unternehmens nicht genug Möglichkeiten, eine feindliche Übernahme abzulehnen. Nach der Übernahme der deutschen Firma Mannesmann durch die britische Vodafone ist man auf der Hut.

Dies sei ein Votum für ein europäisches Sozialmodell und gegen die Übernahme von angelsächsischem Recht, so die Kommentare einiger GegnerInnen der Richtlinie. Die LuxemburgerInnen stimmten mit Ausnahme des Grünen Claude Turmes für die Richtlinie. Die Lager der Konservativen und der SozialdemokratInnen waren bei dieser Wahl gespalten.

**ÖKOZENTRUM****Raus aus der Öko-Nische**

**Mit Oikopolis will die hiesige Biobranche neue Wege gehen. Auf der grünen Wiese in Schuttrange eröffnet am Wochenende das erste ökologische Handels- und Dienstleistungszentrum in Luxemburg.**

(dw) - Direkt an der Autobahn und ganz weit draußen: Im "Parc d'Activités Syrdall", dem Gewerbegebiet der Gemeinde Schuttrange, bezogen Luxemburger Ökobetriebe in den vergangenen Tagen über 2.000 Quadratmeter Gewerbefläche. "Oikopolis" heißt das Projekt, das hier nach mehreren Jahren Planungsphase realisiert wurde. In der roten Halle lagert der Großhandel "Biogros" auf rund 1.000 Quadratmetern seine Produkte, das "Äppelhaus" wird dort "Viiz" produzieren; im blauen Bürobau haben sich auf mehreren Etagen verschiedene ökologisch orientierte Vereine und Unternehmen wie OEKimmo, die Biobauregenossenschaft BIOG oder der "Veräin fier biologesch dynamesch Landwirtschaft Lëtzebuerg" eingerichtet. Direkt konsumieren kann man im Oikopolis auch: Der Biohandel "Naturata" hat im Erdgeschoss einen Naturkostladen eröffnet.



"Wir läuten mit diesem Zentrum eine neue Entwicklungsstufe für den Ökohandel in Luxemburg ein", verkündet Änder Schanck, Geschäftsführer der BIOG. "Damit hoffen wir, raus aus der Nische zu kommen." Für die Ge-

nossenschaft und den angegliederten Großhandel waren die Räume in der Stadt Luxemburg zu klein geworden. Nachdem BSE und andere Skandale auch in Luxemburg eine deutliche Steigerung der Nachfrage nach Bioprodukten verursacht hatten, platzten die Lager aus allen Nähten. "Die Zustände waren nicht mehr haltbar", erklärt Änder Schanck, "jetzt haben wir doppelt so viel Platz und können wirtschaftlicher arbeiten." In der Halle in Schuttrange verpacken seit einer Woche moderne Maschinen Biomöhlen und anderes ökologisch angebautes Obst und Gemüse. Bislang tüteten fleißige Hände die Ware ein - trotz Rationalisierung wurde das Personal in den letzten Wochen aufgrund der steigenden Umsatzzahlen aufgestockt. "Wir haben auch weiterhin genug Arbeit für alle", versichert Änder Schanck.

**Zweite Bauphase schon geplant**

Luxemburgs erstes ökologisches Handels- und Dienstleistungszentrum musste in einer abgespeckten Form realisiert werden. Für die geplante Biomolkerei, die noch vor zwei Jahren Teil des Projekts war, fanden sich nicht genügend Investoren. Im Sommer vergangenen Jahres

setzten die Planer deshalb den Rotstift an. "Die Skepsis gegenüber unserem Projekt hat jetzt deutlich abgenommen", so Schanck. Inzwischen müssen die Betreiber von Oikopolis sogar Anfragen von interessierten Mietern abwehren. Insgesamt wurden für Oikopolis 130 Millionen LUF investiert, rund 24 Prozent davon sind Subventionen. Der finanzielle Rahmen machte Kompromisse notwendig. Zwar wurde beim rotblauen Bau viel Holz verwendet, dennoch konnte die gesamte Konstruktion inklusive Inneneinrichtung nicht vollständig nach ökologischen Kriterien realisiert werden. "Leider", bemerkt Schanck und spricht von weiteren Bauvorhaben: In zwei bis drei Jahren soll ein weiteres Gebäude entstehen, in dem verschiedene Ökobetriebe ihre Waren und Dienstleistungen anbieten. Geplant ist auch ein Öko-Restaurant. Ob der Standort Schuttrange für ein solches Vorhaben geeignet ist, wollen die Oikopolis-Planer erst einmal prüfen.

Den Widerspruch eines Öko-Zentrums auf der durch öffentliche Verkehrsmittel nicht sehr gut erreichbaren grünen Wiese sieht Schanck nur bedingt: "In unseren Laden in der Stadt kommt die Kundschaft ebenfalls vorwiegend mit dem privaten Auto." Zudem sei der "Parc d'Activités" durchaus an das öffentliche Transportwesen angebunden. Änder Schanck: "Einige unserer Mitarbeiter kommen regelmäßig mit dem Bus."

**SCHRASSIGER SOMMERFEST****Theater ohne Publikum**

**Ein kurzfristig abgesagtes Theaterstück in Schrassig offenbart: Die Kommunikation zwischen Gefängnisleitung, Personal und Gefangenen lässt Fragen offen.**

(ik) - "Ich verstehe nicht, wieso wir erst so spät informiert wurden." Paca Rimbau Hernández, Sozialarbeiterin im "Centre Pénitentiaire du Luxembourg" (CPL) in Schrassig, ist trotz strahlendem Sonnenschein sichtlich verärgert. Fast ein Jahr lang hatten sie und die Theatergruppe der geschlossenen Haftanstalt in Schrassig an der Aufführung eines neuen Stückes gearbeitet. Dieses sollte, wie in den vergangenen Jahren auch, zum diesjährigen Sommerfest aufgeführt werden. Doch dann kam die Absage der Direktion. "Es gab keine echte Begründung, warum die Aufführung abgeblasen werden musste", ärgert sich auch Jeannot Schmitz von der Gefangenenorganisation "Info Prison". Lediglich ein unwirsches "die Vorstellung sei nicht notwendig" hätte man auf mehrmalige Nachfrage erhalten. Das Angebot der Direktion, das Stück zu einem anderen Zeitpunkt aufzuführen, sei für die Laienschauspieler kaum ein Trost. "Das Stück intern zu spielen, lässt sich nicht mit der geplanten Aufführung vergleichen", stellt Schmitz fest. Denn: Das Theater sei eine der wenigen Gelegenheiten, bei der die Häftlinge ihre



Themen einer breiteren Öffentlichkeit vortragen könnten.

"Info Prison" kritisiert noch andere Defizite in der Kommunikation zwischen Gefangenen und Gefängnisleitung: Bis heute habe man trotz wiederholter schriftlicher Anfrage noch keinen Gesprächstermin beim neuen Direktor bekommen. Zudem hätten sich Gefangenen bei ihnen über undurchsichtige Sanktionspraktiken des Wachpersonals und fehlende Informationen zu Punkten wie Ausbildung etc. beschwert.

**Unklare Sanktionen**

"Die Verantwortung für die mangelhafte Kommunikation übernehme ich", sagt Vincent Theis. Allerdings bezogen auf das Theater. Das sei passiert, weil schon beim Sommerfest 2000 Insassen und Gäste am Stück wenig Interesse gezeigt hätten. Das Fest sei in erster Linie dazu gedacht, Häftlingen und deren Angehörigen die Gelegenheit zu geben, sich in einem, offeneren Rahmen zu treffen.

Weitere Kommunikationsdefizite sieht der Direktor nicht. Ihn plagen andere Sorgen: Der Neubau der Gefängnisanlage, gedacht um einerseits die Aufnahmekapazitäten in Schrassig zu

erhöhen, aber auch um verschiedene räumliche Mängel zu entschärfen, ist noch immer nicht eröffnet. "Wir haben zurzeit viele Baustellen im Knast", stellt er fest. Das stresse vor allem das Personal, weil damit besondere Sicherheitsvorkehrungen einhergingen.

Um das Thema Sicherheit geht es auch bei der Inbetriebnahme des neuen Gefängnisstraktes Ende dieses Jahres: Für Theis gehört zu einer optimalen Knastsicherheit die lückenlose Kontrolle von Personen und Fahrzeugen, die in das Gefängnis kommen - in der Anfangsphase werde das allerdings nicht leistbar sein. Personalmängel, aber auch Widerstand unter den Wächtern, sich beim Betreten und Verlassen der Anlage wie alle andere auch kontrollieren zu lassen, erschweren die Chance, das hehre Ziel einer international vorbildlichen Sicherheitsinfrastruktur zu erreichen.

Bei der für das Jahr 2004 geplanten Wäscherei sind es weniger die vom Wachpersonal gegen das Projekt ins Felde geführten "trojanischen Pferde" (z.B. als normaler Lieferverkehr getarnte Fluchtautos), die Theis Sorgen bereiten. "Es gibt bereits Möglichkeiten, alle Fahrzeuge gründlich zu kontrollieren". Das größere Problem seien aufwendige bürokratische Prozeduren, die den Bauprozess schon jetzt erheblich verzögerten.